

# Riefaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift  
Tageblatt Riefa,  
Herausg. Nr. 20,  
Postfach Nr. 52.

Das Riefaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riefa, des Rates der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Hauptpostamts Weißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto  
Dresden 1580,  
Dresdener  
Riefa Nr. 52.

Nr. 8.

Dienstag, 10. Januar 1933, abends.

86. Jahrgang.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Papiere und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 3 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Beste Tarife. Demüthigter Rabatt erteilt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riefa. Achtstündige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.  
Redaktionsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riefa. Geschäftsstelle: Gethetstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hagemann, Riefa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riefa.

## Krumme Wege.

Gefährdete Entscheidungen.

Alles was in den letzten Tagen und Wochen an Wertminderungen aus dem Spiel hinter den innerpolitischen Kulissen zu registrieren war, sowie die Entschlüsse, mit denen man Durchbrechungen dieses Spiels rasch noch zurückzuführen unternahm, alle Absteher auf krummen Wegen — um es kurz zu sagen — werden jetzt erklärt und entschuldigt durch das Verhalten, die Klust zwischen Bürgertum und Reichsopposition zu schließen. In der Tat ein Ziel, vor dessen Erreichung eine wirklich fruchtbare und stetige innerpolitische Entwicklung in Deutschland und außenpolitische Aktionsfähigkeit Deutschlands nicht erwartet werden kann. Ein Ziel also, das dessen Erreichung unerschütterliche taktische Methoden einschuldet, ja erlaubt sein sollten...?

Es ist heute mehr denn je vor solcher Taktik zu warnen, denn der Entschlüsse waren zu viele in den verlassenen Jahren der Verwirrung; zu wichtig sind vor allen Dingen die unmittelbar bevorstehenden Entscheidungen, auf deren Behandlung auch nicht einmal der Schatten des Verdachts fallen darf, daß auf irgend einer Seite ein nicht ganz klarer, von jeder Hinterhältigkeit freies Spiel getrieben wird.

Aber sind noch zwei Wochen Zeit bis zur Reichstagsauflösung, aber man darf sich nicht darüber täuschen, daß die grundlegenden Entscheidungen aller Wahrscheinlichkeit nach schon vorher fallen müssen. Um was es geht, zeigt ja deutlich genug die Haltung der innerpolitischen Verbündeten dieser Tage. Papen-Schleicher, Schleicher-Dübenburg, vielleicht gemeinsam mit Papen, danach womöglich eine Verständigung zwischen Schleicher und Hitler. Die Tendenz ist klar. Sie kann nicht dadurch gestört werden, daß man sagt, was vorliegt. Die schlimmste nur denkbare Störung einer geordneten Entwicklung ist jeder Versuch, zu verschweigen, was vorliegt, so schon jeder Schritt, der unter Umständen getan wird, die die Annahme berechtigt erscheinen lassen, daß die Verheimlichung geplant war. Gibt es in der gegenwärtigen Situation vielleicht etwas Schlimmeres, als daß der Gang der Dinge die ausländische Presse in der Fragestellung veranlaßt, wer denn eigentlich gegenwärtig die innerpolitischen Richtlinien der Politik in Deutschland bestimme?

Es gibt kaum etwas Schlimmeres. Man braucht nur zu lesen, was unter dem ersten Eindruck der Klärung der innerpolitischen Situation in Deutschland durch die Berufung Schleichers der amerikanischen Vorhänge des Ausstufes für das deutsche Stillhalteabkommen von 1922, Albert Wignau, der mit Ende 1922 sein Amt als Präsident der Chase National Bank niedergelagt hat, in seinem letzten Jahresbericht über die Lage in Deutschland schrieb. Er bewundert die eindrucksvolle Stetigkeit, mit der Deutschland durch die politischen Kontroversen des Jahres 1932 hindurchgegangen sei. Deutschland habe durch die Art und Weise, wie es die innerpolitische Verwirrung bewältigt habe, ein erhebliches Vertrauen an Vertrauen in der Welt erworben, ein Vertrauen, dessen schnelles Wachsen in den steigenden Kursen der deutschen Werte an den Auslandsbörsen sichtbar werde.

Soll dies Vertrauen jetzt mutwillig und unnötig erschüttert werden? Gibt es einen wirklich unterrichteten Menschen in Deutschland, der an dem ersten Willen des Reichskanzlers von Schleicher zweifelt, je eher je lieber, allerdings unter Garantie für die Stetigkeit des politischen Kurses Deutschlands, die nationalen Kräfte für aktive Arbeit zu gewinnen? Dabei steht die Regierung vor endgültigen Entscheidungen in den entscheidenden finanziellen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Komplexen, die vor dem Haushaltsausblick, vor dem sozialpolitischen Ausblick und vor dem auswärtigen Ausblick des Reichstages in diesen Tagen behandelt werden. Jeder Stützungsversuch, jede noch so gut gemeinte Aktion, als deren — vielleicht ungewollte — Auswirkung sich eine Störung der Regierungsbearbeitung ergeben könnte, beschwört die Gefahr herauf, daß die notwendigen Entscheidungen abermals vertagt, daß damit Projekte in Fall gebracht werden, die als Ausgangspunkt für die Wiederaufnahme der Offensive gegen die Wirtschaftskrise schon in den nächsten Monaten dienen sollen und als solche unentbehrlich sind. Auf krummen Wegen um die Bewältigung dieser Probleme herumzuarbeiten zu wollen, heißt einen Weg einschlagen, der zwangsläufig abermals in die Weglosigkeit führt.

## Die Bauernnot im Osten

Berlin, 10. Januar.

In der vom Reichsverband der heimattreuen Ost- und Westpreußen veranstalteten Ostpreußen-Woche sprach der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrates und der Preussischen Hauptlandwirtschaftskammer, Dr. Brandes. Der Redner legte dar, daß im Wirtschaftsjahr 1931/32 nur 20 Prozent der ostpreussischen Betriebe ihre Zinsen und sonstigen Ausgaben aus den Einnahmen hätten zahlen können. Die bis jetzt beschrittenen Wege zur Abhilfe haben zu keinem Erfolg geführt. Der Traum, durch Weiterport von Industriewaren die Existenzgrundlagen für das Volk zu schaffen, sei ausgeträumt. Binnenmarkt und Landwirtschaft müßten die Parole sein. Siedlung und Arbeitsbeschaffung könnten nur ergänzende Maßnahmen sein. Weitestgehende Lastensenkung auf allen Gebieten sei erste Forderung, nicht zum wenigsten auf Senkung der Sozial- und Schullasten. Dr. Brandes schloß mit der Aufforderung, daß alle im Reich mitwirkenden an der Aufklärung über die Bedeutung und Wichtigkeit der Erhaltung Ostpreußens.

## Die Aussprache Schleicher — Papen.

Die Wahlen in Lippe entscheiden. — Erneute Verschiebung der Reichstagsauflösung?

von Berlin. Ueber die Besprechung, die Reichskanzler von Schleicher am Montag mittags mit seinem Amtsvorgänger von Papen hatte und die länger als 1 Stunde dauerte, wird amtlich nur mitgeteilt: „Der Reichskanzler empfing heute Herr von Papen zu einer Aussprache über seine Begegnung mit Herrn Hitler am 4. Januar und die daran geknüpften irreführenden Kommentare. Die Aussprache ergab die völlige Galtlosigkeit der in der Presse aus dieser Begegnung gefolgerten Behauptungen über Gegensätzlichkeiten zwischen dem Reichskanzler und Herrn von Papen.“ Wichtiger als diese persönlichen Gegenstände dürfte allerdings die Frage des künftigen Verhältnisses der Regierung Schleicher zur nationalsozialistischen Partei und zu anderen wichtigen Faktoren des öffentlichen Lebens sein, die in der Besprechung sicherlich eine Rolle gespielt hat. Wie verlautet, hat Herr von Papen nicht nur mit Adolf Hitler, sondern bald darauf auch mit den Führern der westdeutschen Industrie Dr. Springorum und Dr. Wöhrer, Besprechungen gehabt, die Bedenken wegen der Unsicherheit zum Ausdruck gebracht haben sollen, die über das wirtschaftliche und soziale Programm der neuen Regierung noch bestehen. Auch über diese Dinge dürfte Herr von Papen mit dem Reichskanzler gesprochen haben. Wie weiter verlautet, steht eine neue Aussprache zwischen von Papen und Adolf Hitler bevor. Auch rechnet man mit einer Verzichtserklärung des früheren Reichskanzlers beim Reichspräsidenten über seine Ämter und Pflichten der Verhandlungen. Darüber ist jedoch noch nichts bestimmt, ebenso wenig ist bisher ein Besuch Hitlers beim Reichskanzler von Schleicher in Aussicht genommen, wenn ein solcher Besuch auch im Bereiche der Möglichkeit liegt. Herr von Schleicher soll nämlich auf der anderen Seite auch mit Gregor Strasser Verbindungen anknüpfen haben zu dem Zwecke, diesen in sein Kabinett aufzunehmen und dadurch wenigstens einen Teil der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion für sich zu gewinnen, wenn eine Einigung mit Adolf Hitler nicht gelingen sollte. Entscheidungen in allen diesen Fragen dürften aber erst nach Beendigung des Wahlkampfes in Lippe fallen, wenigstens entspricht diese Verschiebung dem Wunsche der Nationalsozialisten.

Die Nationalsozialisten warten zunächst das Ergebnis der lippschen Landeswahlen ab. Es soll für sie eine Art Stichprobe für den Stand der Bewegung sein. Die weitere Entwicklung im Reich wird nach Auffassung politischer Kreise von dem Ausfall der Wahl stark beeinflusst sein. Gelingt es den Nationalsozialisten, ihre Stellung zu halten, so wird die politische Entscheidung im Reich wahrscheinlich schneller fallen, erleiden sie eine Einbuße, so rechnet man mit einer weiteren Hinauszögerung. Auf dieser Kalkulation fußt auch die Möglichkeit, daß der Reichstag schließlich unter Umständen nicht am 24. Januar, sondern vielleicht erst im Februar zusammentritt. Unter den Gründen, die für eine solche Verschiebung sprechen, spielen auch Informationen eine Rolle, nach denen die nationalsozialistische Führung selbst erst für Februar mit den großen Auseinandersetzungen und der endgültigen Entscheidung rechnet. Die Gerüchte sind falsch, in denen bezweifelt wird, daß Reichskanzler von Schleicher vom Reichspräsidenten die Auflösung so allmählich erhält. Wir glauben bestimmt zu wissen, daß diese Vollmacht ab sofort sicher ist.

## Die „Tägliche Rundschau“.

von Berlin. An die Aussprache, die am Montag zwischen Reichskanzler von Schleicher und Herrn von Papen stattfand, knüpft die „Tägliche Rundschau“ eine Reihe von Vermutungen, wobei sie u. a. bemerkt, es sei nicht ausgeschlossen, daß einige Persönlichkeiten, die der Regierung nahestünden — unabhängig von General von Schleicher —, um die Unterredung Hitler-Papen vorher gewußt hätten, so daß sich Herr von Papen habe darauf berufen können, daß er nicht allein auf eigene Faust gehandelt habe. Als Ergebnis der Aussprache glaubt das Blatt ein Kompromiß erblickt zu dürfen, und zwar dahingehend, daß sich General von Schleicher nunmehr in die Verhandlungen mit der NSDAP, einschalte und gegebenenfalls selbst noch einmal den Versuch mache, die NSDAP zur Mitarbeit an der Regierung zu bewegen.

## Schweres Eisenbahnunglück bei Butarest.

Schnellzug und Personenzug in voller Fahrt zusammengestoßen.

Butarest. (Frankfurt.) Ein schwerer Zusammenstoß ereignete sich am Freitag des Butarester Nordbahnhofes, auf der Strecke nach Craiova. Dort stießen heute Dienstag früh gegen 8 Uhr ein Schnellzug und ein Personenzug in voller Fahrt zusammen. Die Wagen des Personenzuges wurden aus den Schienen geworfen, 5 Wagen sind vollständig zertrümmert. Die Zahl der Opfer läßt sich bisher noch nicht feststellen, doch läßt sich man, daß sie erheblich ist, da der Zug überfüllt war.

Von Butarest sind sofort Hilfszüge an die Unglücksstelle abgegangen. In Automobilen und Autobussen verladen die Angehörigen der Fahrgäste des verunglückten Personenzuges, möglichst rasch zur Stelle zu sein. Umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen sind von den Behörden getroffen worden, um einen reibungslosen Ablauf der Rettungsarbeiten zu ermöglichen. Die Rettungsarbeiten sind

sehr gehemmt, weil starker Schneefall, der bereits seit zwei Tagen anhält, den Zugang zur Unglücksstelle erschwert. Falls es nicht gelingen sollte, die unter den Trümmern des arabischen Reiches rasch zu bergen, ist die Gefahr groß, daß sie einschneien und erstickten.

## 8 Tote und 12 Schwerverletzte.

Butarest. (Frankfurt.) Bei dem Eisenbahnunglück in der Nähe des Nordbahnhofes sind acht Personen getötet worden, 12 Passagiere wurden schwer und zahlreiche leichter verletzt.

Nach den bisherigen Feststellungen ist der Schnellzug ausgiebig infolge falscher Weisung und weil die Sicht durch hartes Schneetreiben und Nebel behindert war, von hinten in den Personenzug hineingefahren.

## Sinnliche Seefestung in die Luft geflogen.

Bellinglars. (Frankfurt.) Die Seefestung Mac Elliot ist, wie die N. J. meldet, in die Luft geflogen. In der Festung war ein Großfeuer ausgebrochen, das die Munitionslager ergriß. Diese explodierten. Die Annäherung der Fisch- und Rettungsschiffe an den Unglücksort wird durch einen schweren Schneesturm behindert.

Die Festung liegt auf einer Insel etwa 20 Kilometer von Bellinglars entfernt. Wie das Blatt weiter meldet, sieht man vom Festland aus beständig ungeheure Feuersäulen zum Himmel stehen und man hört das Dröhnen schwerer Explosionen. Sieben Raketen und große Teile der Festungsanlagen sollen zerstört sein. Man befürchtet schwere Verluste an Menschenleben.

## Die Entsendung deutscher Militär- und Marineattachés beabsichtigt.

Berlin. (Frankfurt.) Wie wir von zuverlässiger Stelle erfahren, ist beabsichtigt, zum 1. April d. J. deutsche Militär- und Marineattachés an eine Reihe von deutschen Reichsstaaten und Gesandtschaften zu entsenden. Militärattachés werden den Reichsstaaten in Paris, London, Rom, Moskau und Washington und den Gesandtschaften in Prag und Warschau angeordnet werden. Marineattachés werden entsandt an die Reichsstaaten in Paris, London und Rom. Einzelne von diesen werden zugleich auch bei anderen Staaten akkreditiert werden. Ueber die in Frage kommenden Persönlichkeiten ist noch keine endgültige Entscheidung getroffen.

## Die Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Dr. Bennede.

Dresden. (Frankfurt.) Der Reichspräsident hat die Aufhebung der Immunität des nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Bennede entsprechend dem Antrag des Generalkommissars mit allen Stimmen gegen die der Kommunisten genehmigt.

## Noch keine Beschlüsse über das Sofortprogramm der Arbeitsbeschaffung.

Berlin. (Frankfurt.) In einer Reihe von Zeitungen ist von großen Bauprojekten öffentlicher Unternehmungen, so der Reichsbahn, ferner Verlagsbetrieben und Wasserwerken, die alle als Träger des Sofortprogrammes für die Arbeitsbeschaffung in Frage kommen, die Rede. Wie wir von einer dem Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung nahestehenden Seite erfahren, sind noch keine endgültigen Beschlüsse über die Verteilung der Mittel des Sofortprogrammes getroffen worden.

## Die Leiche des Schiffsrates der „Niobe“ geborgen.

Riel. (Frankfurt.) An der Küste von Süd-Vanland war eine Leiche angetrieben worden, in der man einen Toten der „Niobe“ erkannt hat. Das Artillerie-Schulboot „Drahe“